

Franz Delapina/Hannes Hofbauer/Andrea Komlosy/  
Gerhard Melinz/Susan Zimmermann

## Ungarn: Die Reform frißt ihre Kinder

Wer heute ein Buch über Ungarn schreiben will – und dazu haben wir uns als Autorenkollektiv zusammengefunden –, der muß sich zuallererst fragen, wie es möglich war, daß der gewaltige Transformationsprozeß, den die ungarische Gesellschaft zweifelsohne in den letzten Jahren durchgemacht hat, so verlaufen ist, wie er verlaufen ist: ohne Gewalt, ohne großes gesellschaftliches Engagement, ja beinahe ohne Beteiligung des Volkes.

### Der Sozialismus als Projekt ökonomischer Modernisierung ist gescheitert

Der ungarische Realsozialismus war der Versuch, den Entwicklungsvorsprung der kapitalistischen Zentralländer im Zuge einer ökonomischen Modernisierung aufzuholen und gleichzeitig die Gesellschaft sozial zu befrieden. Die im Vergleich zu den westeuropäischen Zentren rückständige ungarische Wirtschaft, wie sie für das Ende der Monarchie in jeder Statistik nachgelesen werden kann, verleitete die kommunistischen Eliten nach dem Zweiten Weltkrieg, ihre politische Macht in den Dienst dieses Projektes nachholender

ökonomischer Entwicklung zu stellen. Die auf Staatsnachfrage und Staatsinterventionismus basierende Industrialisierung hatte sich zum Ziel gesetzt, westlich-kapitalistische Wachstumsmuster zu kopieren. Innerhalb der bestehenden internationalen Arbeitsteilung war dieser Versuch allerdings – unabhängig vom System der internen Verteilung, also dem Anspruch auf Sozialismus – zum Scheitern verurteilt. Ebenso wenig wie die allermeisten Entwicklungsstrategien von westlich orientierten Staaten der „Dritten Welt“ barg die realsozialistische Variante nachholender Entwicklung die Möglichkeit, die schon vor und nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 herausgebildeten peripheren Strukturmerkmale zu überwinden und Ungarn an den Entwicklungsstand der fortgeschrittenen Industrieländer anzudocken.

Zudem wurde das leninistische Modernisierungsmodell, das dem Land von 1948 bis Mitte der 1970er Jahre aufgezwungen wurde, von der Bevölkerung und insbesondere von den Intellektuellen, nicht akzeptiert. Der Mangel an Identifikation führte – auch wegen

des fehlenden ökonomischen Zwangs zur Produktivitätssteigerung – zum Mangel an Innovation im Produktionsbereich. Die zwei großen Reformbestrebungen nach 1956 und 1968 können so als Versuch der politischen und ökonomischen Eliten betrachtet werden, die daraus entstandenen inneren gesellschaftlichen Widersprüche zu lösen. „Kádárismus“ nannte man die Epoche nach dem Aufstand von 1956, als gesellschaftliche Ruhe mit neuen Mitteln wiederhergestellt werden sollte: Wer nicht gegen uns ist, ist für uns, war die Parole, mit der man Abschied nahm vom scharfen ideologischen Terror, und mit der man im Tauschverfahren gegen materielle Befriedigung den Verzicht der Bevölkerung auf politische Beteiligung erkaufte. Nach dem Motto: Wir herrschen, ihr kauft Datschas und Ladas.

Finanziert sollten die dafür notwendigen Reformen mittels damals billiger Kredite aus dem Westen werden. Wie sehr man sich dabei verschätzte, zeigt die ökonomische Bankrotterklärung Ungarns, das spätestens seit 1982 als wenig hoffnungsvoller Sanierungsfall des Internationalen Währungsfonds gilt.

Die Reform des ungarischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems war auch extern bestimmt

Seit die soziale Befriedigung der Menschen in der „lustigsten Baracke“ des realen Sozialismus ab Mitte der 1970er Jahre nur mehr mittels Kreditaufnahme im Ausland funktionierte, verlor der „Kádárismus“ genannte spezifische Weg der ungarischen Sozialpartnerschaft sei-

nen Kredit auch bei den Arbeiterinnen und Arbeitern. Das leninistische Modernisierungsmodell war als Schwindel enttarnt. Am Ende konnte man nur noch Westkredite statt einer auf die eigenen Kräfte gestützten Entwicklung vorweisen.

Infolge steigender Zinsen auf den Weltkapitalmärkten, die mehr mit dem Budgetdefizit der USA als mit Osteuropa zusammenhingen, tappte Ungarn als erstes Land des Ostblocks in die Schuldenfalle. Und gleich Hals über Kopf. Von da an bestimmten der Internationale Währungsfonds, das Weiße Haus und die Bonner Regierung Dynamik sowie Art und Weise der ungarischen Reform. Ab 1985 als Mischung aus Parteiherrschaft und von oben eingeleiteter ökonomischer Öffnung begonnen, fiel vier Jahre später die Parteiherrschaft weg und wurde durch die – auch für die westlichen Gläubiger – riskantere Variante bürgerlich-parlamentarischer Demokratie ersetzt.

**Eine Partei – viel zu essen; viele Parteien – wenig zu essen**

Die Transformation der ungarischen Gesellschaft kann mit der Verschiebung vom Primat der Politik zum Primat der Ökonomie beschrieben werden. In Wirklichkeit ist die Sache jedoch komplizierter. Denn zum einen galt das politische Primat niemals absolut; je mehr „Sozialismus“ unter der Devise nachholender Industrialisierung betrieben wurde, desto mehr ökonomische Sachzwänge schuf sich das System selbst.

Zum anderen war Politik ein Privi-

leg einer Kader- und Kádár-geschulten Minderheit. Diese vertrat zwar bestimmte Interessen der ungarischen Massen, ohne jedoch ihre Mobilisierung zuzulassen. Seit den technologischen Revolutionen im Westen wuchs der wirtschaftliche Rückstand gegenüber den Industrieländern; Ungarn peripherisierte sich zunehmend. Allgemeine Wohlfahrt auf relativ niedrigem Niveau war nur unter der Voraussetzung zu gewährleisten, daß nicht einzelne Schichten der Gesellschaft mehr vom zu verteilenden Kuchen forderten und bekamen als andere. Die Einführung mehrerer Parteien, also die Pluralisierung des politischen Entscheidungsprozesses, hat unmittelbar zur Verelendung jener geführt, die die neuen Spielregeln der Artikulation nicht nutzen konnten. Intellektuelle, Künstler, Kleingewerbetreibende, Arbeiter/innen in der Privatwirtschaft und neureiche Devisen- und sonstige Schmuggler fielen auf die Butterseite, Rentner/innen und Arbeiter/innen aus Staatsbetrieben wurde die Butter vom Brot gestrichen.

#### **Die Einführung der Marktwirtschaft für Ungarn ist eine Fehlplanung**

Es sei denn, sie geht planmäßig vor sich, wie z.B. in Westeuropa, wo zwischen 1948 und 1952 der Marshallplan das sogenannte freie Spiel der Marktkräfte soweit dirigierte, daß jeder Nationalstaat und alle Branchenleader ihren Platz im Europakarussell zugeteilt bekamen. Die kapitalistische Reform von heute sieht grundlegend anders aus, basiert sie doch vor allem auf einer

möglichsten Befreiung der Marktkräfte, auf den Prinzipien von Budgetkonsolidierung und ungeschützter Auslieferung der Volkswirtschaft an die Bedingungen des Weltmarktes. Die erhofften Investitionen ausländischen Kapitals finden in Ungarn dennoch nur äußerst selektiv statt. Daher ist aller Wahrscheinlichkeit nach mit einer lang anhaltenden Rezession zu rechnen.

Das Ungarische Demokratische Forum (UDF) des derzeitigen Regierungschefs Jozsef Antall ist trotz all seiner faktischen Konfusität zwar willens, Deregulierungen kontrolliert und nach Plan vorzunehmen, steht jedoch von der einseitig auf Finanzinteressen ausgerichteten IWF-Politik und von Seiten des ultraliberal-frühkapitalistisch agierenden SZDSZ (Freie Demokraten) unter Druck.

#### **Ungarn geht den Weg der Türkei und nicht den Österreichs**

Infolge der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung Europas sowie einer konkurrenzunfähigen, großteils nicht privatisierbaren Schwerindustrie hat Ungarn keine andere Wahl, als äußerst selektiv zu modernisieren, sowohl sozial- als auch regionalpolitisch gesehen. Jenseits von Budapest und Teilen Westungarns wird sich der Gürtel der „Region der 1000 armen Dörfer“ von östlich der Theiß bis in den Süden spannen und eher breiter denn schmaler werden. Soziale Verelendung bei gleichzeitigen Chancen für besonders Flexible, so könnte die soziale Lage im Jahr 2000 aussehen. 30.000 Reichen mit luxuriösem Lebens-

standard stünden dann drei bis vier Millionen ökonomisch halbwegs bis gut situierte und vier bis fünf Millionen verarmte (Ex-)Proletarier und Rentner gegenüber. Ungarn ist auf dem Weg in eine Zweidrittel-Gesellschaft, wobei nur ein Drittel oberhalb der Wohlstandsmarke leben wird.

**Parlamentarische Demokratie nach Zentrumsmuster wird sich in Ungarn nicht bewähren**

Wenn mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus dem Wohlfahrtssegment herausfallen, findet die bürgerlich-parlamentarische Demokratie keine brauchbare Anwendung. Das zeigt sich weltweit. In Ungarn ist diese Gefahr virulent. Deshalb ist die Gesellschaft auf der Suche nach anderen politischen Ausdrucksformen, deshalb fürchtet sich die Intelligenz auch zurecht vor politischer Diktatur. Bürgerlich-parlamentarische Demokratie, wie sie unter Zentrumsbedingungen im Westen üblich ist, steht in Ungarn nicht auf der Tagesordnung. Eher schon wird Politik von in sich instabilen Cliquen und Seilschaften entlang der Bruchlinien „Ungartümler“ und „Kosmopoliten“ vollbracht, aufgeführt als leicht absurdes Theaterstück in historischen Kostümen.

Das Ungarische Demokratische Forum sucht nach einem dritten Weg zwischen Diktatur und Demokratie, der eine Mischung aus parlamentarisch-korporatistischer Mehrheitsfindung und außerparlamentarischem, nationalistischem und rassistischem Druck gegen Sinti, Roma, Rumänen und Juden sein

könnte. Die politische Akzeptanz dieses Systems im Westen stünde – insbesondere bei starken antisemitischen Strömungen – zur Disposition.

**Nationalismus scheint die Rettung**

Wenn Identität über soziale Sicherheit und berufliche Aufstiegsmöglichkeit nicht ausreichend hergestellt werden können, bleibt – nachdem die soziale Frage in 40 Jahren von Staat und Partei diskreditiert worden ist – nur mehr das nationale Selbstbewußtsein. Ungarn wird viele Feinde auf den Plan rufen – und in Abgrenzung zu ihnen seine Identität entwickeln. Schlußendlich wird der Grad von Nationalismus und Rassismus in der ungarischen Gesellschaft davon abhängen, wie der Westen mit den Fragen Entschuldung und Investment umgeht.